

»Sie wird am Zeichen der Liebe erkannt«.  
Kirche im geeinten Deutschland<sup>1</sup>

Im Dekret über das Apostolat der Laien Nr. 8 heißt es: »Alles apostolische Wirken muß seinen Ursprung und seine Kraft von der Liebe herleiten. Einige Werke sind jedoch schon ihrer Natur nach geeignet, die Liebe lebendig zum Ausdruck zu bringen. Sie sollten, so wollte es Christus, der Herr, Zeichen seiner messianischen Sendung sein.« Das Dekret weist auf die Urkirche hin, die das eucharistische Mahl mit der »Feier der Agape« verband. Wie in der Frühzeit, so werde die Kirche »zu allen Zeiten an diesem Zeichen der Liebe erkannt.« Der Text fährt fort: »Der barmherzige Sinn für die Armen und Kranken und die ... karitativen Werke ... stehen deshalb in der Kirche besonders in Ehren ... Heute, da ... die Bewohner der ganzen Erde gleichsam zu Gliedern einer einzigen Familie wurden, sind jene Tätigkeiten und Werke viel dringlicher und umfassender geworden. Das karitative Tun kann und muß heute alle Menschen und Nöte umfassen. Wo immer Menschen leben, denen es an Speise und Trank, an Kleidung, Wohnung, Medikamenten, Arbeit, Unterweisung, notwendigen Mitteln zu einem menschenwürdigen Leben fehlt, wo Menschen von Drangsal und Krankheit gequält werden, Verbannung und Haft erdulden müssen, muß die christliche Hilfe sie suchen und finden, alle Sorgen für sie aufwenden, um sie zu trösten und mit tätiger Hilfe ihr Los zu erleichtern.«

Dieser Text des II. Vatikanischen Konzils macht besser als persönliche Erklärungen deutlich, in welchem universalen Zusammenhang die Begegnungen, Beratungen und Beschlüsse auch dieser Tagung in Erfurt stehen. Unsere Freude über die nunmehr geeinte Kirche und ihre Caritas in Deutschland wurde abgelöst von der Sorge über die Folgen des Krieges am Golf, über die Spannungen in der Sowjetunion, im Baltikum, auf dem Balkan. Unsere eigenen Probleme erscheinen plötzlich klein angesichts der Dimension der gegenwärtigen Gefahren, angesichts auch der zu erwartenden Flüchtlingsströme, der Hungersnöte in Afrika und mancher

---

<sup>1</sup> Als Referat gehalten anlässlich der ersten gesamtdeutschen Caritas-Fachtagung am 30. 01. 1991 in Erfurt. Vgl. HerKorr 45 (1991) 110–112.

anderer Drangsale; gleichzeitig aber zwingt uns die Weltsituation dazu, über den von Gott geforderten Weg der Umkehr radikaler als sonst und in neuer Weise nachzudenken, damit der jetzt eingeschlagene Weg nicht – wie der Papst sagt – ein »Weg ohne Wiederkehr« wird.

Auch die in diesem Referat vorgetragenen Gedanken sind durch die Geschehnisse dieser Wochen, Tage und Stunden schon relativiert. Sie können nur dem bescheidenen Ziel des gegenseitigen Verständnisses der Ortskirchen dienen. Sie bedürfen der Ergänzung, der Kritik und der Korrektur. Wenn unsere unterschiedlichen Erfahrungen zum Wachsen des wechselseitigen Verständnisses führen, dann wird auch der Weg unserer Kirche der Weg des Menschen sein<sup>2</sup>, wir werden die Menschen in ihrer Drangsal dann um so eher suchen und finden.

Ich teile meine Ausführungen in drei Abschnitte ein:

- I. Erfahrungen mit der politischen Macht
- II. Erfahrungen mit dem Atheismus
- III. Erfahrungen mit der Kirche

#### I. ERFAHRUNGEN MIT DER POLITISCHEN MACHT

Wer die Menschen in den neuen Bundesländern zu begreifen sucht, darf nicht allein im Jahre 1945 eine entscheidende Zäsur ihrer Geschichte vornehmen: sie lebten seit 1933 in einer Diktatur. Ohne Nationalsozialismus und »realen Sozialismus« undifferenziert gleichsetzen zu wollen, lassen sich doch in der Auffassung und Ausübung von politischer Macht unschwer Parallelen erkennen. Die kommunistische Partei betrachtete – ähnlich wie zuvor das NS-Regime – den Staat als »das entscheidende politische Machtinstrument der herrschenden Klasse zur Sicherung und Durchsetzung ihrer Interessen«<sup>3</sup>. Sie sah im Staat – getreu nach Lenin – eine »Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere«<sup>4</sup>. Den sozialistischen Staat in Frage zu stellen, war gleichbedeutend mit dem Versuch, den »Untergang des Sozialismus« herbeiführen zu wollen, und galt somit als »Konterrevolution«. Die kommunistische Partei betrachtete sich als »grundlegend« verschieden von allen anderen Parteien und dazu berufen, eine »historische Mission« zu erfüllen.<sup>5</sup> Von dieser Theorie

---

<sup>2</sup> *Johannes Paul II.*, Enzyklika *Redemptor hominis*, 14.

<sup>3</sup> Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin 1975, 271.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Ebd., 214.

her glaubte sich die SED legitimiert, die vollkommene Machtausübung beanspruchen, Terror vielfältiger Art ausüben und den Monopol- und Absolutheitsanspruch der Weltanschauung behaupten und durchsetzen zu können.

Der einzelne Bürger ebenso wie die Kirchen erlebten in diesem Teil Deutschlands nicht vier Jahrzehnte, sondern fast 57 Jahre lang eine totalitäre politische Macht, eine Gesellschaft ohne Demokratie. Erst von diesem Aspekt her ist es verständlich, daß für die meisten Menschen Anpassung zur Überlebensstrategie schlechthin wurde. Mit der Freiheit verkümmerten oft Subjektivität, Individualität und Verantwortungsbereitschaft. Entscheidungen im politischen und gesellschaftlichen Bereich wurden dem einzelnen nicht zugestanden; der Einzelne erlebte sich als ohnmächtig und dem Staat schutzlos ausgeliefert.

Die Folgen dieser 57jährigen Erfahrung gilt es heute im Einigungsprozeß zu berücksichtigen; sie sind nicht innerhalb weniger Monate zu bewältigen. Heute oft festzustellende Unsicherheit, Unselbständigkeit, Angst vor der Zukunft, fehlende Risikobereitschaft, die unterentwickelte Fähigkeit, Freiheit zu gebrauchen – und das zielgerichtet und sinnvoll –, all das ist nicht gleichzusetzen mit Wehleidigkeit, Undankbarkeit oder gar einem Verlangen nach den scheinbar geordneteren oder einigen scheinbar abgesicherten Sozialverhältnissen in früheren Zeiten. Wir dürfen nicht übersehen, daß die Menschen in unseren Ländern mit ihrer Psyche Änderungsprozesse zu verarbeiten hatten, wie es sie in dieser Intensität und in dieser unglaublich raschen Abfolge selten in der Geschichte gegeben hat. Wir fanden uns von heute auf morgen in einer völlig veränderten Welt wieder, mit neuen Gesetzen, Strukturen, Lebens- und Verhaltensweisen, Maßstäben und Terminologien. Gleichzeitig stellten wir fest, daß diese neue Welt manche alten Strukturen und Gesichter aufwies, die unsere ethischen Bewertungen irritierten: alte Parteien sollten plötzlich als integer betrachtet werden, frühere Machthaber oder Angepaßte, Direktoren und Professoren schienen eine seltsame Metamorphose durchlaufen zu haben, alle bezeichneten sich als Handelnde im Rahmen geltender Gesetze, gar als ideologisch Verführte und »Andersdenkende«, als Verfechter von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft. Alle früher Verantwortlichen sind nun politische Opfer des Regimes; mit der Regelung oder Nichtregelung der Strafrechtsprobleme scheinen auch alle moralischen Fragen ad acta gelegt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist das Verhältnis unserer Kirchen zur politischen Macht zu bedenken. Aus der Erfahrung der NS-Zeit erklärt sich bei uns die Distanz gerade der katholischen Kirche zur

politischen Macht in der früheren DDR. Diese Distanz garantierte nicht nur ihre Glaubwürdigkeit, sondern auch ihre Einheit. Die Kirche zehrt bis heute von dem Fundus eines Vertrauens seitens des größten Teils der Bevölkerung, der nicht verspielt werden darf; auch wenn christliche Lehre, Liturgie und Lebensweise weitgehend völlig unbekannt sind, die Achtung der Kirche als moralische und integre Institution ist immer noch vorhanden. Aus der Distanz zum Staat heraus ist es zu erklären, daß eine Spaltung unserer Ortskirche – wie etwa in der Tschechoslowakei und anderswo – nicht erreicht und die Einheit mit dem Papst und der Weltkirche nicht gebrochen werden konnte. Die spätere negative Folge dieser – besonders in der Zeit, als die Kardinäle Döpfner und Bengsch Vorsitzende der Berliner Ordinarien- bzw. Bischofskonferenz waren – lebensnotwendigen Kirchenpolitik war es, daß unsere Kirche als Institution in der Gesellschaft kaum präsent war, die Pastoralkonstitution »Gaudium et spes« und das »Dekret über das Apostolat der Laien« zu wenig rezipiert wurden und – im gesellschaftlichen Leben – Kirche und Hierarchie bzw. Klerus als synonym erschienen.

Von diesen kirchlichen Strukturen her erfolgten nur geringe, zu geringe Impulse, um den Funken einer Hoffnung auf eine Wende im Innern zu nähren, im Gegensatz zu Gruppierungen in der evangelischen Kirche. Andererseits nahm unsere Kirche die theoretische Form des Gesellschaftskonzeptes, die Ideologie, außerordentlich ernst. Sie hätte sich einer Formulierung wie »Kirche im Sozialismus« nie anschließen können. Trotz aller politischer Entspannung und wirtschaftlicher Koexistenz erwartete sie nie eine weltanschauliche Koexistenz, also die juristische und politische Gleichberechtigung von christlichem Glauben und marxistischer Ideologie. Am weltanschaulichen Monopol, gerade im Bildungs- und Erziehungswesen, hielt die Regierung mit unglaublicher Härte bis zum letzten Tage fest.

Welche Erfahrung bringt die Ortskirche der neuen Länder in das geeinte Deutschland ein? Das II. Vatikanum sagt unmißverständlich, daß die Kirche »in keiner Weise hinsichtlich ihrer Aufgabe und Zuständigkeit mit der politischen Gemeinschaft verwechselt werden darf, noch auch an irgendein politisches System gebunden ist« (GS 76). Was hier von der politischen Gemeinschaft oder dem System ausgesagt ist, gilt natürlich noch viel mehr von einer politischen Partei. Unsere Ortskirche hat sich strikt an diese Lehre der Kirche gehalten und damit ihre Glaubwürdigkeit weithin bewahren können. Der Konzilstext sagt aber noch mehr: Die Kirche »setzt ihre Hoffnung nicht auf Privilegien, die ihr von der staatlichen Autorität angeboten werden. Sie wird sogar auf die Ausübung

von legitim erworbenen Rechten verzichten, wenn feststeht, daß durch deren Inanspruchnahme die Lauterkeit ihres Zeugnisses in Frage gestellt ist, oder wenn veränderte Lebensverhältnisse eine andere Regelung fordern.« (Ebd.)

Ist es vermessen, die Frage zu stellen, ob die neuralgischen Punkte im bisherigen Vereinigungsprozeß der Kirche dem Urteil der Geschichte standhalten werden: die sofortige Einführung der Kirchensteuer, das westliche Modell der Militärseelsorge hier und jetzt, der Religionsunterricht an den Schulen ohne Wenn und Aber? Wird es möglich sein, geschwisterlich nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen, wenn es um die Diözesangrenzen geht? Werden wir dem, der zu einem anderen Urteil gelangt, zugestehen, daß er vielleicht den schwierigeren, vom Realpolitiker zwar belächelten, aber von der Glaubwürdigkeit der Kirche her gebotenen Weg suchen will?

Es ist bekannt, daß viele von den Menschen in der alten DDR, die zur Herbeiführung der Wende maßgeblich beigetragen haben, die Einigung als zu rasch und die Strukturen des Westens als übergestülpt, Einigung also eher als Anschluß empfanden. Heute sehen wir, daß, von der geschichtlichen Stunde her, die Einigung nur so, zu diesem Zeitpunkt und unter diesen Bedingungen, zu haben war; der Fortgang der Geschichte zeigt, sie hätte durch falsches Zögern auch verspielt werden können. Das bedeutet aber doch nicht, daß die Vereinigung der Kirche nach Mechanismen und Methoden, die in Politik und Wirtschaft Geltung besitzen, vollzogen werden muß. Nach der Theologie des II. Vatikanums bedeutet Katholizität, daß »die einzelnen Teile«, die Ortskirchen, »ihre eigenen Gaben den übrigen Teilen und der ganzen Kirche« hinzubringen (LG 13). Gerade die »einträchtige Vielfalt der Ortskirchen« zeige in besonders hellem Licht die Katholizität der ungeteilten Kirche« (LG 23). Wenn in unserer atheistischen Umwelt die Kirche ihren missionarischen Auftrag erfüllen will, dann wird sie gerade unter den neuen politischen Verhältnissen ihre Beziehung zur politischen Macht, ihre Beziehung zum Geld oder zu Wirtschaftsunternehmen neu zu durchdenken haben; sie wird sich in neuer Weise fragen müssen, nicht an welchen Zeichen der Macht, sondern an welchen »Zeichen der Liebe« sie von den Fernstehenden erkannt werden kann.

## II. ERFAHRUNGEN MIT DEM ATHEISMUS

War es in der Zeit des NS-Regimes die sich auf Nietzsche stützende Lehre vom Übermenschen, die den Größenwahn einer – unserer – Nation

verursachte und sich als die Zerstörung des Menschen und alles Menschlichen wie nie zuvor in der Geschichte demaskierte, so konzipierte der Leninismus ein im Kern antitheistisches Gesellschaftsmodell und atheisticches Menschenbild, die beide ihre tiefen Spuren hinterlassen haben. Die Lehre des dialektischen Materialismus erfüllte in der DDR eine pseudoreligiöse Funktion, verwarf bewußt die von den Kirchenvätern und Boethius vertretene Sicht des Menschen als Person, die unsere abendländische Kultur geprägt hat, und ersetzte sie durch die Lehre von der »sozialistischen« bzw. »kommunistischen Persönlichkeit«. Diese Theorien brachten im Osten Deutschlands eine spezifische Form des Atheismus hervor, der sich von Formen des Atheismus in den westlichen Ländern deutlich unterscheidet. Der Leninismus glaubte ernsthaft daran, einen neuen Menschen schaffen, »herstellen« zu können. Das »Ich« oder »Selbst« des Menschen, welches das Christentum als »Person« benennt, seine Seele, seine Subjektivität und Identität: all das ist in diesem Verständnis nicht von Anfang da, gilt nicht als einmalig, unwiederholbar und unantastbar, ist nicht von seinem Kern her geistig strukturiert, sondern Funktion des Materiellen, des Organischen; Geist ist »Epiphänomen der Materie«. Der Mensch ist in dieser Weltanschauung ein primär gesellschaftliches Wesen, das Individuum ist der Gesellschaft, dem Staat und seinen Organisationen völlig untergeordnet; sein persönliches Leben unterliegt einer immanenten Determination. Seinen Wert und seine Würde erhielt dieser neue Mensch aufgrund seiner Leistungen für die Gesellschaft von deren Repräsentanten gleichsam »verliehen«. Diesem atheisticchen Menschenbild war der gesamte Bildungs- und Erziehungsprozeß unterworfen; es sollte auch seine sozialen Beziehungen in Liebe, Ehe, Familie, Beruf und Freizeit prägen und leiten.

Der Bürger der alten DDR hatte zu diesem Welt- und Menschenbild kaum eine Alternative, außer im Christentum. Den christlichen Kirchen aber haben 10 – 12 Millionen Bürger den Rücken gekehrt, oder sie sind mit ihnen nie näher in Berührung gekommen. Viele von ihnen stehen nunmehr vor den Trümmern einer Weltanschauung, die sich selbst das Prädikat »wissenschaftlich« zulegte; sie finden sich in einem geistigen Vakuum wieder. Wer wird dieses Vakuum füllen?

»Zeichen der Liebe« zu setzen, bedeutet für die Kirchen in den neuen Bundesländern, die Realität des Alltags in Beziehung zu setzen mit dem christlichen Menschenbild, die Realität an ihm zu messen und zu verändern. Das gilt zuerst für den Bereich Bildung und Erziehung, nicht weniger aber für die soziale und karitative Arbeit. Die letzten Jahrzehnte haben dazu geführt, daß Selbstbewußtsein und Selbstachtung bei vielen

Menschen gefährdet sind: »Wofür habe ich gelebt, was waren Ausbildung und Arbeit wert?« Es darf nicht verwundern, daß mancher die verlorengegangene Selbstachtung durch Jagd auf materiellen Wohlstand zu kompensieren sucht. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Problem der Arbeitslosigkeit zuzuwenden sein, die Gruppe der über 50jährigen wie die der alleinerziehenden Mütter – die Scheidungsquote betrug bei uns nahezu 50%, in Berlin-Marzahn fast 100% – sollten hier im Vordergrund stehen. Debile Kinder, die als »nicht bildungsfähig« eingestuft wurden, überließ man gern kirchlichen Einrichtungen, während die übrige Bildungsarbeit der Kirchen stets unter dem Verdacht der Staatszersetzung stand. Wir können Zeichen der Liebe setzen, wenn wir dazu helfen, auch dem kranken und älteren Menschen, der für die Gesellschaft keine nützlichen Leistungen erbringen konnte oder kann, das Bewußtsein seiner Würde zurückzugeben. Der Blick in manche Heime, Krankenhäuser und auf die Renten und den Sozialhaushalt der DDR-Regierung genügt, um zu wissen, welche Folgen das leninistische Menschenbild zeitigt hat – rumänische Verhältnisse gab es in geminderter Form auch hierzulande.

Der Verlust des bis zur Wende gültigen Welt- und Menschenbildes führt, nicht zuletzt auch bei jungen Menschen, zu existentiellen Krisen, welche sich in Sinnlosigkeitserfahrungen äußern. Diese Frustrationen führen, wie wir jetzt feststellen, zu Aggressivität, Kriminalität und politischem Radikalismus, wie sie bisher bei uns unbekannt waren. Alkoholismus und Drogensucht kommen hinzu. Der karitativen Berater- und Fürsorgetätigkeit öffnet sich ein weites Feld, die geschlagenen Wunden zu heilen. Diese Tagung sollte nicht vorübergehen, ohne daß sich der Caritasverband einsetzt für die Aufwertung und Förderung der Kranken-, Pflege- und Fürsorgerberufe und für die Beseitigung des Problems, daß kirchliche Ausbildung und jahrzehntelange Arbeit in der früheren DDR in einigen Berufszweigen heute wiederum keine staatliche Anerkennung findet. Die Qualität einer Gesellschaft bemißt sich nicht allein von ihrem wirtschaftlichen Wachstum her, sondern zuerst nach der Qualität der sozialen, kulturellen und geistigen Verhältnisse, deren Förderung die Wirtschaft zu dienen hat.

### III. ERFAHRUNGEN MIT DER KIRCHE

Die katholische Kirche in der sowjetischen Besatzungszone begriff sich – trotz der Einwanderung hunderttausender Flüchtlinge – als »kleine

Herde« in protestantischer Diaspora. Heute verstehen sich katholische und evangelische Kirche als Minderheit in einer säkularen Diaspora. Nach 1945 betrachteten wir Katholiken uns trotzdem – im Blick auf Gesamtdeutschland – als Teil einer Volkskirche. Wir erhofften, daß das kirchliche Leben nach der Nazi-Diktatur sich entfalten und aufblühen werde. Wir dürfen nicht vergessen, wie sehr die Katholiken damals von tiefer Glaubenskraft und dem Willen zur Nachfolge Jesu geprägt waren. Nachwuchssorgen gab es weder bei den Priestern noch in den Orden. Von den großen gesamtdeutschen Katholikentagen gingen starke Impulse auf das kirchliche Leben in Ost-Deutschland aus. In Kardinal Preysing, Bischof Weskamm und Kardinal Döpfner wurde nicht nur die Einheit Berlins, sondern auch die Einheit der katholischen Kirche in Deutschland repräsentiert. Die Oberhirten von Paderborn, Osnabrück, Fulda und Würzburg setzten in ihren in der sowjetischen Besatzungszone gelegenen Gebieten bischöfliche Kommissare ein. Es wird stets ein Ruhmesblatt der Caritas bleiben, daß sie zuerst, noch bevor es eine Ordinarienkonferenz gab, die kirchlichen Strukturen überregional aufbaute und wesentlich dazu beitrug, daß das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Kirche in Deutschland nie verloren ging. In bewundernswerter Eigeninitiative bauten unsere Gläubigen Kirchen, Kapellen und Pfarrgebäude auf. Den vorhandenen Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Waisenhäusern und Kindergärten gelang es, in den Jahrzehnten des Aufbaus Zeichen der Liebe zu setzen, die die Präsenz der Kirche unter den Menschen sichtbar machte, ihr Ansehen stärkte und ihr Glaubwürdigkeit verlieh. Wo es unter größten Schwierigkeiten gelang, neue Einrichtungen zu schaffen, oder wo eigene Mittel nicht ausreichten, half die Kirche des Westens. Caritas und Bonifatiuswerk haben ihre Verantwortung stets für die Kirche Gesamtdeutschlands wahrgenommen, dafür gebührt ihnen der bleibende und aufrichtige Dank unserer Katholiken. Stellvertretend für ungezählte Mitarbeiter der Caritas aus unseren Landen, die sich in beispiellosem Gottvertrauen und mit dem Einsatz aller ihrer Kräfte der Nöte der Menschen angenommen haben, seien zwei Namen genannt, die unvergessen bleiben werden: Prälat Johannes Zinke vom Deutschen Caritasverband in Berlin und Prälat Franz Nitsche, Caritasdirektor in Erfurt. Ihnen, ihren Nachfolgern, den Ordensschwwestern und ungezählten Mitarbeitern gelang es, 34 Krankenhäuser, 19 Pflegeheime, über 100 Altenheime, 40 Kur- und Erholungsheime, 36 Kinderheime und ca. 150 Kindergärten über die Jahrzehnte hinweg aufzubauen oder am Leben zu erhalten, der Errichtung der Mauer 1961, der Trennung der Bischofskonferenzen, der Zweistaatlichkeit zum Trotz.



Die Einheit Deutschlands hat uns die Einheit der Bischofskonferenz und damit die Einheit auch des Caritasverbandes geschenkt. Was machen wir aus diesem Geschenk? Lassen Sie mich an zwei Beispielen zeigen, welche Erfahrungen die Katholiken Ostdeutschlands mit ihrer Kirche hatten. Diese Erfahrungen bringen wir mit ein, wir hoffen, daß sie eine Hilfe sein können auf dem gemeinsamen Weg, der vor uns liegt.

### *1. Wie haben wir Kirche erlebt?*

In unserer Gesellschaft wurde der marxistische Atheismus gleichsam von oben »verordnet«. Stets wurden Religion und Wissenschaft, meist auch Religion und Humanismus, Religion und Kultur in einen Gegensatz zueinander gestellt. Der einzelne Bürger sollte sich nicht nur zum Staat bekennen, sondern ebenso zur staatstragenden Doktrin, zum dialektischen und historischen Materialismus. Die Idee des Klassenkampfes erstreckte sich nicht nur auf den Bereich der Politik, sondern wurde auch auf die geistige Auseinandersetzung angewandt. So gab es einerseits die »Arbeiterklasse«, welche die Führung beanspruchte, andererseits die »religiös gebundenen Klassen und Schichten«. Der Christ sah sich von Anfang an in eine Außenseiterrolle hineinversetzt. Religiöses Bewußtsein wurde als »verkehrtes Bewußtsein« definiert, Religion als verzerrtes Spiegelbild der Realität, als Aberglaube. Die Kirche erschien im historischen Materialismus stets als Stütze ausbeutender Klassen, des Feudalismus oder des Kapitals. Religiös zu sein bedeutete, in jeder Hinsicht rückständig zu sein.

Zwei wichtige Folgen ergaben sich aus dieser Indoktrination: Wer sich so sehr anpaßte, daß er die Kirche verließ, besaß am Ende ein Zerrbild von Religion, von Christentum und Kirche. Mit diesem Zerrbild im Bewußtsein vieler nichtglaubender Menschen müssen wir für einen langen Zeitraum rechnen. Wer aber seinem Glauben und seiner Kirche die Treue hielt, wußte, was er auf sich nahm und rechnete mit allen denkbaren Konsequenzen, vor allem in der Ausbildung und im Beruf. Seine Beziehung zur Kirche wurde von dieser existentiellen Situation in besonderer Weise geprägt. So konnte er sich gegenüber allen Problemen, welche die Kirche betrafen, nicht neutral oder gleichgültig verhalten; so bildeten sich aber auch neuralgische Punkte heraus, die heute Empfindlichkeiten darstellen, im positiven wie im negativen Sinne. Ich nenne einige Beispiele: Negativ reagiert der Durchschnittschrist auf Erfahrungen, welche analoge Strukturen zwischen Staat und Kirche aufweisen könnten: Durchsetzung von Macht, Anonymität institutioneller Vor-

gänge und Prozesse, die Überordnung einer kollektiven Zentrale über das Schicksal des einzelnen, Dialogverweigerung, die Präferenz einer Doktrin vor dem persönlichen Gewissen, von Geld, gesellschaftlicher Position und Leistung vor dem Charakter, der Wahrhaftigkeit und der Treue zu sich selbst. Wir sind hierzulande gewiß weit davon entfernt, unsere Kirche zu idealisieren und deren Versagen und Schwäche zu ignorieren. Doch glaube ich sagen zu dürfen, daß wir hier in einer geschwisterlichen Kirche gelebt haben.

Dies war nicht nur die Folge der äußeren Bedrängnis, dies war noch mehr die Voraussetzung unserer Glaubwürdigkeit. Kirche, theologisch verstanden, ist ja nicht gleichzusetzen mit Bischofskonferenz oder Institution, Kirche ist »Sakrament des Heils«, »Zeichen unter den Völkern«, »Gemeinschaft des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe« und nicht zuletzt das eine und geeinte »Volk Gottes«. Katholische Kirche in der DDR zu beurteilen kann nicht heißen, allein die Hirtenbriefe der Bischöfe, ihre Gegnerschaft oder Distanz zum Staat, ihre Einmischung, ihr zögerliches Verhalten oder ihr Schweigen zu gesellschaftlichen Vorgängen zu diskutieren. Nachdenken über Kirche in der DDR heißt zuerst, – der Klerus lebte im Vergleich zu den »Laien« relativ gesichert, geschützt, ja privilegiert – den Mut, das Zeugnis und die Leidensbereitschaft des »anonymen« Christen in der Welt zu sehen. Überspitzt gesagt, der »Klerus« richtete sich am Glauben der »Laien« auf, nicht umgekehrt. Zu danken ist denen, die hier blieben, in aussichtsloser Situation aushielten, ihr Leben in der DDR als den Willen Gottes ansahen und die personalen Werte den materiellen vorzogen. Was wäre aus diesem Land geworden, wenn alle Christen es verlassen hätten, was aus den karitativen Einrichtungen, was aus dem kirchlichen Kindergarten, wo eine Kindergärtnerin kein staatlich anerkanntes Diplom besaß, was aus den Schulen gänzlich ohne christliche Lehrer, was aus der Gesundheitsfürsorge ohne christliche Ärzte und Schwestern? Und: Wer hat nicht ernsthaft an Auswanderung gedacht? Was würde aus den neuen Ländern werden, wären nicht Hunderte christlicher und anderer Bürger bereit gewesen, politische Verantwortung zu übernehmen in den Kommunen, in den Ländern? Unsere Christen sagen nicht: Ich bin stolz, diesen oder jenen Bischof zu haben. Viele sagen: Ich bin froh, daß wir diesen haben und nicht einen anderen. Die Pfarrei von Ilmenau aber könnte sagen: Wir sind stolz darauf, daß ein Mädchen aus unserer Jugend im Bundestag sitzt.

Diese katholischen und evangelischen Christen sind es, die dafür sorgten, daß das Ziel des Leninismus, Religion müsse sterben, nicht voll erreicht wurde, so sehr die Entchristlichung bei drei Vierteln der Bevölkerung uns

Anlaß zum Nachdenken geben muß. Wer von der Kirche im realen Sozialismus spricht, sollte endlich von der ganzen Kirche des einen Volkes Gottes sprechen.

Unsere Christen sind auch deshalb der Kirche treu geblieben, weil sie in ihr erlebten oder von ihr erhofften, nicht als Objekt behandelt zu werden, weil die Gemeinschaft der Glaubenden – von Kindheit an – zugleich eine Weggemeinschaft des konkreten Lebens gewesen ist, weil in dieser Kirche nicht die Mechanismen des eindimensionalen Maschinenparadigmas wie Statistiken, Verwaltungen und Sachzwänge die Oberhand gewannen, all die Mechanismen, die zur Destruktion der Persönlichkeit führen können und vor denen wir uns in der Politik heute noch fürchten. In dieser Kirche bestand das Leben nicht aus Präzision, Funktionalität und Kommandoverwaltung, hier zählte das Gesicht mehr als die Kartei, hier brauchte man nicht voreinander auf der Hut zu sein, hier konnte man rückhaltlos Vertrauen erwarten und schenken, hier fand man den Helfer in Not und Bedrängnis.

Nun sind wir auf dem Weg, die Einheit der Ortskirchen in Deutschland wiederherzustellen. Ob wir den Mut finden, auch nach neuen Wegen zu suchen? Wie versteht sich die Kirche der alten Bundesrepublik, als Volkskirche, als Kirche in protestantischer oder in säkularer Diaspora, vielleicht schon als missionarische Kirche? Viele Wege, die wir im Osten gern gegangen wären, blieben uns verschlossen. Gern hätten wir in den Neubaugebieten Kindergärten eröffnet, gern hätten wir Sozialstationen schon früher gehabt; es ist uns nicht erlaubt worden. In den alten Ländern wurden diese Möglichkeiten schon immer genutzt, Kirche konnte überall präsent sein. Jetzt, da es uns zum ersten Mal möglich ist, das Evangelium in dieser Weise konkret zu bezeugen, wird Vieles daran scheitern, daß es an Menschen fehlt, die dieses Zeugnis geben wollen, Menschen der gesamten Kirche, oder an Geld, der »leidigen Frage«, Geld der gesamten Kirche?

Diese und ähnliche Probleme führen zum Nachdenken darüber, ob es uns gelingt, pastorale und karitative Projekte aus einer Gesamtverantwortung heraus zu realisieren. Anders gesagt: Wird die Kirche, die wieder zusammenkommt, nur die Summe ihrer Teile, der Ortskirchen, sein oder ein neues Ganzes, die Kirche einer neuen Spiritualität? Wegweisung für diese Fragen gibt uns die Lehre des Konzils, welche im Zusammenhang mit dem Wort von den »Zeichen der Liebe« folgendes sagt: »Man muß auch in tiefer Menschlichkeit auf die personale Freiheit und Würde dessen Rücksicht nehmen, der die Hilfe empfängt. Weder das Suchen des eigenen Vorteils noch Herrschaft dürfen die Reinheit der Absicht beflecken«...,

noch darf man »als Liebesgabe anbieten, was schon aus Gerechtigkeit geschuldet ist. Man muß die Ursachen der Übel beseitigen, nicht nur die Wirkungen.« (AA 8) Diese Lehre des Konzils sollte besonders in der Gegenwart zu größerer Nachdenklichkeit beitragen, nicht nur in der Kirche, sondern auch in der Politik, die von Christen gestaltet wird. Die Menschen, welche in diesem geographischen Raum lebten und blieben, hatten bis zum 3. Oktober 1990 die Folgen eines verlorenen Krieges zu tragen, sie waren nicht allein daran schuld, daß hier ein kommunistisches Regime entstand. Die Beseitigung dieser Folgen aber ist die Aufgabe des gesamten Volkes. Wer dies nicht erkennt, wer die Verpflichtung zur Solidarität und Subsidiarität mit Gefälligkeiten und Almosen verwechselt, läuft Gefahr, sozialen Zündstoff zu produzieren, der die Menschen wieder auf die Straße treibt und eine richtig und gut konzipierte Politik wieder zerstört.

## 2. *Wie haben wir Ökumene erlebt?*

In unseren Schulen fragten Kinder und Jugendliche nicht zuerst, bist du katholisch oder evangelisch, sondern: »Bist du getauft?« Die Taufe war wie ein »prägendes Mal«, gleichsam ein »Stigma«, mit dem existentielle Vorentscheidungen unlöslich verbunden waren. Die Taufe war der Grund für Ausgrenzungen, Benachteiligungen und Herabsetzungen durch die eine Seite, Anlaß zu Erwartungen wie ethisches Verhalten, alternativen Lebensstil und Kooperation auf der anderen Seite. Die Ökumene hat bei uns ihre Wurzeln in der Nachkriegszeit, als vor allem die Katholiken die Gastfreundschaft der evangelischen Kirchen und Gemeinden erfuhren. Sie fand ihren Höhepunkt in der Ökumenischen Versammlung zwischen 1988 und 1989; diese wurde die wichtigste geistige Kraft, welche die Wende herbeiführte. Es ist nicht richtig, die Wende als »protestantische Revolution« (*Ehrhart Neubert*) zu bezeichnen; richtig ist, daß die Ökumene ihre Impulse hauptsächlich von der Basis empfing. Die evangelische Kirche verstand sich nach 1945 als Volkskirche; ihr fiel zuerst die Aufgabe zu, Anwalt des Volkes zu sein, das keinen anderen Fürsprecher besaß. Gerade im letzten Jahrzehnt bewies die evangelische Kirche – hier ist Kirchenleitung gemeint – den größeren Mut als die unsere, indem sie den Basisbewegungen Raum und Unterstützung bot. Sie war risikobereiter, sensibler und von größerem Vertrauen in Gottes Führung beseelt. Sie nahm dafür in Kauf, oft mißverstanden oder gar für politische Ziele oder Angriffe mißbraucht zu werden; jedenfalls setzte sie immer wieder ihre Einheit und Geschlossenheit der Gefährdung aus.

Doch auch das ist nicht die ganze Wahrheit. Im Lande der Reformation, angesichts der gemeinsamen Bedrängnis, fanden die Christen aller Kirchen an der Basis schon frühzeitig zum gemeinsamen Beten und Handeln zusammen. Noch vor Leipzig, im Jahre 1779, begann das Friedensgebet in Erfurt in der katholischen St. Lorenzkirche; bis zum heutigen Tage wurde es nie unterbrochen. Fanatische Lehrer verboten das Tragen des Kreuzes nicht katholischen oder evangelischen, sondern den christlichen Kindern. Das Emblem »Schwerter zu Pflugscharen« wurde, nicht selten unter Gewaltanwendung, bei den Christen heruntergerissen, auch unseren Erfurter Theologiestudenten. Unter den ersten, die in Erfurt am 19. 10. 1989 nach dem Friedensgebet Kerzen vor der Staatssicherheit aufstellten, waren unsere Theologen. Bei all diesen Prozessen kam, bevor sich die Kirchenleitungen bzw. die Bischofskonferenz zu Wort meldeten (oder nicht, leider!) eine konfessionelle Aufteilung oder Abgrenzung kaum jemandem in den Sinn.

In diesem Zusammenhang ist auf die mehr als vier Jahrzehnte hindurch gemachte Erfahrung aller Christen in der Friedensfrage hinzuweisen; diese Erfahrung ist völlig anderer Art als die in der alten Bundesrepublik. So wie der Begriff »Frieden« pervertiert wurde, so wurde Militarismus glorifiziert. Im Westen lebte der Feind, vor dem man sich schützen mußte. Die Erziehung für den Militarismus war schon in den Lehrbüchern für die drei Stufen des Kindergartens konzeptionell grundgelegt. Kriegsspielzeug stand in hohem Ansehen, die militärische Ausbildung bildete einen Schwerpunkt des Schulunterrichts, freiwillige Meldung für eine drei- oder mehrjährige Armeezeit konnte Fach- und Hochschulplätze sichern usw. Nicht selten weigerten sich Kinder der 5. Schulklasse, mit Handgranaten zu werfen, nicht selten Jugendliche, an der vormilitärischen Ausbildung in Wehrlagern teilzunehmen. In diesen Schwierigkeiten fanden die Christen Beratung und Hilfe in ihren Kirchen. Beide Kirchen kämpften entschieden gegen die Militarisierung in der Erziehung; sie verurteilten die Verbreitung von Feindbildern wie die Erziehung zum Haß, sie traten für die Einrichtung des Zivildienstes ein, sie erreichten immerhin, daß die – oft den einzelnen diskreditierende – Alternative des »Bausoldaten« geschaffen wurde.

Im vereinten Deutschland nimmt die Polarisierung unterschiedlicher Richtungen angesichts des Golfkrieges, auch innerhalb der Kirchen, zu. Um die vorherrschende Mentalität bei den Christen der neuen Länder objektiv zu beurteilen, ist die Erfahrung ihrer bisherigen Geschichte zu berücksichtigen. Sie sind mißtrauisch gegenüber undifferenzierten Bewertungen wie »gut« und »böse« in Fragen des Krieges und des

Friedens. Sie sind es gewohnt, als Freunde von irgendwelchen »Klassenfeinden« betrachtet zu werden. Sie sind nicht überrascht, wenn die Mächtigen sie als »naiv« bezeichnen. Sie wollen ihre Meinung letztlich an nichts anderem als an der Bergpredigt messen. Sie sind zutiefst davon überzeugt, daß die Anwendung von Massenvernichtungswaffen ein Verbrechen ist. Sie haben oft bewiesen, daß sie für diese Überzeugung zu leiden bereit sind.

Als Christ in der DDR zu leben, bedeutete angesichts der Hochrüstung, der Militarisierung, der Mauern und Minenfelder im eigenen Land stets auch, der kommunistischen Doktrin eine neue Art von christlichem Pazifismus entgegenzustellen und aus ihm bestimmte Verhaltensweisen zu entwickeln; letztere gaben den Ausschlag dafür, daß die Wende gewaltfrei verlief und dieses militarisierte System in sich selbst zusammenbrach.

Die Erfahrungen in der Ökumene werden uns helfen, die vor uns stehenden Aufgaben, deren Dimensionen wir nur erahnen können, zu erkennen. Einige Stichpunkte seien am Schluß genannt.

An erster Stelle steht die Frage nach der Förderung eines ethischen Bewußtseins im Bereich von Bildung und Erziehung. Niemand wird eine Rechristianisierung im Sinne einer Restauration anstreben, wohl aber dafür eintreten, daß Kirche und Christentum in der Gesellschaft präsent sind. Hier, in dieser Welt eines spezifischen Atheismus, sollte jede mögliche Form einer ökumenischen Zusammenarbeit bedacht und genutzt werden, sowohl im Bildungsbereich wie in der karitativen Arbeit. Ökumenische Kindergärten, Schulen wie ökumenische Krankenhäuser, die im Entstehen sind, besitzen eine nicht zu überschätzende, zeichenhafte Bedeutung; sie werden missionarische Kraft entfalten. Die Frage der Trägerschaft sollte kein Hindernis sein. Die neuen Bundesländer haben ferner die besondere Funktion, eine Brücke zu schlagen zu den Ländern des früheren Ostblocks. Es waren bei uns zuerst und vor allem die Christen, die gegen Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit eingetreten sind. Christen waren es, die sich zuerst um eine ehrliche Aussöhnung mit Polen bemüht haben; sie stellten die Westgrenze Polens nicht in Frage.

Können die Erschütterungen unseres Kontinents allein durch die Politik in Grenzen gehalten werden? Sind nicht vor allem die Kirchen dazu aufgerufen, – die katholische, die evangelische, die orthodoxe, – die Spannungen in der Sowjetunion, im Baltikum, auf dem Balkan zu überwinden? Sind sie nicht heute für viele Menschen die einzige Hoffnung?

Angesichts der Herausforderungen dieser Zeit darf die Ökumene keinem Rückschritt anheimfallen.

Am 23. Januar 1991 sagte Papst Johannes Paul II., die »goldene Regel« der Ökumene sei »die Anerkennung der legitimen Verschiedenartigkeit in der Einheit des Glaubens«.

Was hindert die Kirchen noch daran, den Skandal der Trennung durch ein neues gemeinsames ethisches Bewußtsein und durch daraus abgeleitetes soziales Handeln überwinden zu helfen?

An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die Opferbereitschaft der Christen beider großen Kirchen in der früheren DDR beispielhaft gewesen ist; die großen Werke zur Linderung der Not in der Zweidrittel-Welt wie für Polen, Rußland und Rumänien haben niemals vergeblich an die Hochherzigkeit der Gläubigen appelliert. Gemessen an der Zahl der Gläubigen und an ihrem relativ geringen Verdienst hält diese Opferbereitschaft jedem Vergleich stand. Sie wird nicht versiegen, wenn die Nöte der Asylbewerber oder der Opfer des Golfkrieges auf uns zukommen.

Tragen wir dazu bei, daß die Kirche im geeinten Deutschland den Weg der Menschen mitgeht, den »Weg ihres täglichen Lebens und Erlebens, ihrer Aufgaben und Mühen«; der Weg dieses konkreten Menschen »ist der erste und grundlegende Weg der Kirche, ein Weg, der von Christus selbst vorgezeichnet ist« (RH 14). Dieser Weg erkennt »in den Armen und Leidenden das Bild dessen..., der sie gegründet hat und selbst ein Armer und Leidender war« (GS 8).

Der Herr zeige uns diesen Weg und die »Zeichen der Liebe«, durch die er selbst und seine Kirche erkennbar sind.